

Menschenrechtsverletzungen in Südthailand und Friedensvorschläge der Nationalen Versöhnungskommission.

Von Dr. Alexander Horstmann

(erschieden im Asienhaus-Rundbrief 6/2006, 24.3.2006, siehe auch www.asienhaus.de/ahrundbrief)

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster und Mitglied des Vorstandes der Südostasien-Informationsstelle im Asienhaus.

Der Beitrag beleuchtet neue Erkenntnisse zu den Hintergründen und Ursachen der Gewalt in Patani, Yala und Narathiwat im Süden Thailands, sieht in innenpolitischen Machtkonflikten und in der Eskalation der Gewalt durch die Regierung nicht als Konsequenz, sondern als Hauptursache des Konflikts und erläutert die Friedensvorschläge der nationalen Versöhnungskommission.

Menschenrechtsverletzungen und Gewalt in Patani

Unter diesem Motto organisiert die Migrantenorganisation des Arbeitskreises Patani in Kooperation mit der Südostasien-Informationsstelle im Asienhaus und dem Asienhaus (Essen) in Hamburg einen Workshop am 15. April 2004, zu dem auch Gäste im politischen Exil eingeladen sind. Der Workshop möchte die Ursachen und Hintergründe des mit einem immer höheren Niveau der Gewalt ausgetragenen Konfliktes diskutieren und auf die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in der Grenzregion aufmerksam machen. Organisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch, Crisis Group International und ARENA haben viel dafür getan, Menschenrechtsverletzungen und Terroranschläge zu dokumentieren. Das Militär greift unter Bedingungen des Kriegsrechts mit „eiserner Faust“ durch, durchkämmt ganze Dörfer und hat etliche Militärlager aufgeschlagen, viele davon in buddhistischen Tempeln.

Im Gespräch mit dem Rechtsanwalt Kitcha Ali Ishak wurde deutlich, dass über 63 Personen angeklagt wurden, an terroristischen Vereinigungen teilzunehmen und über 100 Personen verschwunden sind. Offensichtlich bilden Militär und Polizei Spezialeinheiten, die Dörfer umzingeln, gezielt Personen festnehmen und diese Personen zum Verhör verschleppen. Für diese Personen, die keinerlei Recht auf einen Prozess haben, ist Schlimmstes zu befürchten.

Der Mord an Somchai Neelahphajit ist von der thailändischen Regierung eingestanden worden. Die Entführung des muslimischen Rechtsanwalts Somchai Neelahphajit, Vorsitzender der Assoziation für muslimische Rechtsanwälte Thailands, durch Spezialkräfte der Polizei hat zu Empörung und Wut der muslimischen Bevölkerung geführt. Er vertrat muslimische Klienten, die beschuldigt wurden, für Al Kaida Terroranschläge vorzubereiten. Viele der Klienten wurden wegen fehlender Beweise freigesprochen. Somchai engagierte sich für die Menschenrechte der Bauern in den malaiischsprachigen Grenzprovinzen und sammelte 25000 Stimmen für ein Volksbegehren für die Aufhebung des Kriegsrechts (siehe Asienhaus-Rundbrief 8-2004, 14.4.2004).

Beinahe täglich werden junge Männer aus den Dörfern abgeholt und in Lager gebracht. Lager für politische Häftlinge gibt es in Yala und in Patani (Nongchik). Wir wissen nichts über die Haftbedingungen. Die Häftlinge werden von der Öffentlichkeit isoliert. Sie haben keinen Namen, keine Identität.

Ursachen und Hintergründe der Gewalt

Viele der Terroranschläge jugendlicher Muslime sind Racheakte. Junge Muslime sind von der Repression, der Willkür und von sexueller Gewalt aufgeheizt. Aber die Frontlinie ist nicht zwischen gutem Staat und bösen muslimischen Terroristen. Die Ursachen für die Eskalation der Gewalt sind viel komplizierter. Insbesondere muss die Frage aufgeworfen werden, warum die Eskalation der Gewalt in 2004 staatgefunden hat. Ich habe schon an anderer Stelle berichtet, dass die gegenwärtige thailändische Regierung Thaksin Shinawatra die Gewalt durch den von ihm ausgerufenen Drogenkrieg eskaliert hat und durch die Erstellung schwarzer Listen essentielle Grundrechte außer Kraft gesetzt hat (siehe *Südostasien* 1/2005, S. 38-41).

An der thai-malaysischen Grenze hat sich eine Grenzgesellschaft mit eigener Dynamik entwickelt, die sich durch eine immense illegale Ökonomie auszeichnet. Der Diskurs über eine Problemregion rechtfertigt immer wieder die Aufstellung großer Budgets und aufwendiger „Entwicklungsprojekte“ unter der Kontrolle des Militärs. Das ging sogar so weit, dass Brände an thailändischen Schulen gelegt wurden, und diese Brände der „Separatismusbewegung“ in die Schuhe geschoben wurden. Das Zentrum der Grenzprovinzen Südthailands, das ein wichtiges Zentrum der Konfliktschlichtung war, fand, dass bis zu 70 % der Konflikte Probleme wirtschaftlicher Profite bzw. personeller Konflikte zu Grunde lagen.

So ist nach der Meinung zahlreicher Wissenschaftler und zivilgesellschaftlicher Bewegungen die Ursache in innenpolitischen Machtproblemen zu suchen. Die Regierung Thaksin Shinawatra versuchte mit dem Selbstbewusstsein einer absoluten Mehrheit für die regierende „Thailänder lieben Thailänder“ Partei die alte Machtbasis in Südthailand, die vor allem mit der Demokratischen Partei identifiziert wurde, zu zerstören und mit der eigenen zu ersetzen. Thaksin sendete frische Militär- und Polizeieinheiten, die ihm loyal ergeben waren (und mit ihm die Militärschule besucht haben), in den Süden.

Der Süden war aber kein Vakuum, in dem die neuen Leute einfach die alten Positionen besetzen können, sondern ein Machtzentrum von dem mächtigen General und Politiker Prem Tinsulanda, der ein enger Vertrauter des Königs und der königlichen Familie ist. Die Königin hat ein großes Interesse an der „Problemregion“ gewonnen und ist regelmäßig zu ihrem Palast in der Provinz Narathiwat gereist. Thaksin Shinawatra glaubte nun, dass er genug Macht besaß, um diese Machtbalance zwischen Regierung und königlicher Familie zu kippen. Es ist also sehr wichtig zu sehen, dass die Schlacht nicht nur horizontal zwischen Staat und malaiischsprachigen Muslimen, sondern vor allem auch vertikal zwischen der alten und neuen Machtbasis verläuft und dass es ganz beträchtliche Konkurrenz über das Geschäft mit den Drogen, mit Waffen und mit Prostitution (in Golok, Baytong) in der Grenzprovinz gibt. Thaksin Shinawatra verstand es, große Teile der Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen, indem er in seinen Radio- und Fernsehansprachen von einem Krieg gegen Drogenhändler und Terroristen sprach. In diesem Krieg ist jeder Muslim ein potentieller Terrorist, erst recht, wenn er sich religiös kleidet. Mittlerweile ist die Grenzregion mit Drogen überschwemmt und verarmende malaiische Jugendliche sind für religiöse Instrumentalisierung genauso empfänglich wie für weiche und harte Drogen.

Es muss daher gefragt werden, warum es wirklich bei der Verhaftung von Dr. Wae-Mahadi ging, der angeklagt wurde, für Al-Kaida Bobenanschläge geplant zu haben. Somchai Neelahphajit musste mit seinem Leben bezahlen, als er publik machte, das Geständnisse unter Folter erpresst wurden. Ging es nicht vielleicht darum, die muslimische Zivilgesellschaft zu schwächen? Alle verhafteten Personen engagierten sich in der Bildungsarbeit, organisierten Stipendien für arme malaiische Schüler, und organisierten ein öffentliches Radioprogramm, in dem sie sich in der Muttersprache an die Malaien auf dem Land richteten.

Es scheint so, als ob islamische Rebellen versuchen, diese chaotische Situation für sich zu nutzen. Allerdings scheint es sich bei der Unabhängigkeitsbewegung und Guerilla BERSATU um ein recht lockeres Bündnis sehr unterschiedlicher Fraktionen zu handeln. Obwohl BERSATU z.T. den Kontakt zu den jugendlichen Malaien verloren zu haben scheint, ist BERSATU nach wie vor intakt. Der Präsident, Dr. Wan-Kadir Che Man, hat sich im Gespräch von den brutalen Terroranschlägen an Lehrern, Mönchen und Zivilpersonen distanziert. BERSATU stehe außerdem in den islamischen Traditionen Patanis und stehe extremistischen Einflüssen skeptisch gegenüber. Trotzdem ist es so, als ob die nationale Position immer mehr einer islamischen Position Platz zu machen scheint. Dabei entstehen in dem Minoritätskontext sehr unterschiedliche islamische Richtungen, die von Mystik bis Fundamentalismus reichen.

Es wird an dieser Stelle betont, dass die anhaltende Gewalt mitnichten religiöse Gründe hat, sondern dass den Malaien geradezu ein religiöser Krieg aufgezwungen wird. Die staatliche Gewalt führt ganz sicher zu einer weiteren Entfremdung und unglaublicher Wut der malaiischen jugendlichen Bevölkerung sowie zu sinnlosen Racheakten und kreativem Protest. Frauen und Kinder bildeten in Narathiwat z.B. eine menschliche Barriere, um den Zugriff zu ihren Männern zu erschweren. Auch die buddhistische Bevölkerung lebt in Angst. Buddhisten fühlen sich zurecht wegen ihrer konfessionellen Zugehörigkeit bedroht. Der lokalen Bevölkerung wird unendliches Leid angetan.

Gibt es Auswege? Friedensvorschläge der Nationalen Versöhnungskommission

Die nationale Versöhnungskommission unter Vorsitz von Anand Panyarachun ist zwar von der thailändischen Regierung unter dem Druck der Öffentlichkeit eingesetzt worden, sie wird aber von ihr z.T. in der Dokumentation und Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen behindert. Zum Zeitpunkt dieser Ausgabe des Asienhaus-Rundbriefes liegt der vollständige Bericht des technischen Direktors der Versöhnungskommission, Dr. Chaiwat Satha-Anand, noch nicht vor, Grundzüge der Friedensvorschläge können aber schon veröffentlicht werden. Die Friedensvorschläge enthalten Kritik an der Regierungspolitik, und Empfehlungen für Auswege. Sie basieren auf mehreren Bausteinen. Das Kriegsrecht und die Auflösung essentieller Menschenrechte verschlimmert die Situation. Die Mehrheit der lokalen Bevölkerung ist gegen das Kriegsrecht. Die Kommission empfiehlt die Aufklärung der Entführungen und der Massaker in Takbai, bei der nach der Auflösung friedlicher Demonstrationen über einhundert Menschen getötet wurden.

Die Kommission empfiehlt den Rückzug der Truppen, insbesondere ihrer Teile aus Nordostthailand und eine Entmilitarisierung der Region. Die Kommission empfiehlt, lokale Führungspersonlichkeiten viel stärker in die Konfliktbearbeitung miteinzubeziehen, da diese Persönlichkeiten über lokale Kompetenzen verfügen und von der lokalen Bevölkerung respektiert werden. Die Kommission kritisiert die völlige Ignoranz gegenüber lokalem Wissen und der Einsatz dieses kulturellen Kapitals in der Konfliktlösung.

Lokales Wissen ist auf lokaler Ebene auf der Grundlage jahrhundertealter konfessioneller Koexistenz entstanden. Buddhisten und Muslime haben miteinander geheiratet und haben den Religionswechsel der Heiratspartner mit hoher Flexibilität gelöst. Buddhisten und Muslime sitzen in Mayo oder Panarae in Patani nach eigener Beobachtung trotz der Spannungen gemeinsam im Café, um Nachrichten auszutauschen, die Tageszeitung zu lesen, Wahlen zu verfolgen oder um sich einfach zu treffen. Buddhisten und Muslime zeigen Ihr Interesse aneinander, in dem sie Geschenke (Süßspeisen) zu den Festen des jeweils Anderen geben. In Patthalung gibt es sogar ein Ritual „zweier Religionen“ am 15. April eines Jahres im Zusammenhang mit dem thailändischen Neujahrsfest (Phimay Song Kran), das von buddhistischen bzw. islamischen Religionsvertretern gemeinsam durchgeführt und repräsentiert wird (eigene Beobachtungen). Alle Bauern haben mir während meiner Forschungsreise im Frühjahr 2006 berichtet, dass es auf lokaler Ebene keine Probleme zwischen Buddhisten und Muslimen gäbe und dass Freundschaften und Liebe zwischen den Konfessionen die Regel seien. Die Kommission empfiehlt daher, auf diese Institutionen einer geteilten, gemeinsamen Kultur zurückzugreifen, um zerbrochene soziale Beziehungen wiederherzustellen. In diesem Zusammenhang empfiehlt die Kommission die Stärkung lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen und Netzwerke, in denen Buddhisten und Muslime gemeinsam und weitgehend unabhängig von der Regierung ihre Probleme lösen und ihre Ressourcen vor Raubbau verteidigen. Schließlich empfiehlt die Kommission der Regierung, die illegale Ökonomie mit rechtlichen Mitteln zu bekämpfen und dabei die lokale Bevölkerung mit einzubeziehen. Die Kommission empfiehlt politische Zugeständnisse an die malaiischsprachige, muslimische Bevölkerung, Dezentralisierung und Partizipation. Die Malaien in Patani haben zudem nach Meinung der Kommission ein Recht auf eine eigene Geschichte, oder schlicht, auf die Wahrheit.

In Südthailand hat sich die Regierung von Thaksin Shinawatra nicht durchgesetzt. Auch im Zentrum Thailands sieht sich Thaksin Shinawatra steigender Kritik und der Forderung des Rücktritts einer wachsenden Volksbewegung ausgesetzt. Erst wenn die politischen Gründe des Konflikts erkannt werden, kann dieser Konflikt gelöst werden. Danach gibt die nationale Versöhnungskommission die Richtung für einen langanhaltenden Frieden an.